

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 593

Mittwoch, 21. Oktober 2015

22. Jahrgang

Nach der Wahl: Bröckelnde politische Unterstützung für Tahoe Resources in Guatemala

Der Wahlkampf um die Präsidentschaft geht seinen Gang. Deren ProtagonistInnen wurden in den letzten Ausgaben ausführlich analysiert. Insofern wollen wir in diesem Heft uns einmal mehr der Silbermine Escobal in Santa Rosa widmen, die von der kanadischen Firma Tahoe Resources verantwortet wird. In einem Artikel der US-Solidaritätsgruppe mit Guatemala, NISGUA, veröffentlicht am 11. September 2015 und geschrieben in Zusammenarbeit mit [MiningWatch Canada](#) und [Maritimes-Guatemala Breaking the Silence Network](#), wird der Prozess gegen Pérez Molina sowie dessen guten Beziehungen zu Tahoe Resources beleuchtet. Die politische Krise in Guatemala und der Rücktritt des nunmehr Ex-Präsidenten und des ehemaligen Energieministers Erick Archila führten zu einem Verlust der politischen Unterstützung des Silberabbaus für den nordamerikanische Konzern, der schon mit dem anhaltenden Widerstand der Gemeinden in San Rafael las Flores zu tun hat. Bei den Wahlen wurden in der Umgebung von Escobal alle politischen GegnerInnen der Mine in ihrem Amt bestätigt und Minen-BefürworterInnen im Rathaus abgewählt.

Wenn schon die militarisierte Sicherheitsstrategie, mit der Tahoe Resources ihre Silbermine in Santa Rosa durchgesetzt hat, nicht ausreichend Zweifel an der Unternehmensmoral gesät hat, so sollte spätestens der Rücktritt des Präsidenten Otto Pérez

Molina solche nähren. Am 2. September trat Pérez Molina zurück, nachdem der Kongress seine politische Immunität aufgehoben hatte. Eine Woche später wurde er wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Zollobtruges und Bestechung verhaftet. Dabei waren viele Millionen US-Dollar Steuergelder geraubt worden. *Was hat Tahoe damit zu tun?*

Gehen wir zurück zum Juli 2013, als Molina persönlich die Escobal-Silbermine besuchte, die sich in San Rafael las Flores im Departement Santa Rosa befindet. Das ganze fand wenige Monate nach der Verhaftung des Tahoe-Sicherheitschefs - wegen Schüssen auf sieben friedliche DemonstrantInnen - und einem Ausnahmezustand statt (s. ¡Fijáte! 517). Auf der Mine mischte er sich unter die ArbeiterInnen und in einer vom nationalen Fernsehen ausgestrahlten Ansprache erklärte er die Unterstützung des Projektes. Nun wird er angeklagt, Kopf der „Linie“ zu sein, einem Netzwerk, dem vorgeworfen wird, es habe transnationale Firmen begünstigt, indem es niedrigere Zölle im Austausch mit Handgeldern für PolitikerInnen anbot. Die Vizepräsidentin wurde ebenfalls wegen dieser Anschuldigungen angeklagt. Mehr als ein Dutzend MinisterInnen und StaatssekretärInnen, die ebenfalls in den Betrugsskandal verwickelt sein könnten, sind zurückgetreten. Dazu gehört auch der zuständige Energie- und Bergbauminister, Erick Archila. Dieser hatte im April 2013 die Abbaulizenz erteilt, ohne die 250 individuellen Einsprüche dagegen wegen möglicher Wasser- und Gesundheitsprobleme für die lokale Bevölkerung zu berücksichtigen.

Auch wenn es unklar ist, ob Tahoe oder andere nordamerikanische Bergbauunternehmen von dem Betrugsring profitierten, so sind deren enge Beziehungen zum skandalumwitterten Kabinett Pérez Molinas hinreichend dokumentiert.

Während deren Amtszeit hat die staatliche Repression die Widerstandsgemeinden drangsaliert und damit dazu

beigetragen, den Aufbau der Escobal-Mine gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Es ist noch zu früh um zu sagen, ob die Wahlen an dem aktuellen Rechtszustand etwas verändern wird, aber auf lokaler Ebene, wo Tahoe auf die Beziehungen zu den politisch Mächtigen zählte, beginnt die Unterstützung merklich zu bröckeln.

Tahoe's Privilegien bröckeln

In den letzten vier Jahren hat Tahoe sich darauf verlassen, dass der Bürgermeister von San Rafael Las Flores einen BürgerInnenentscheid über das Bergbauprojekt in seinem Gemeindebezirk verhindert. Sechs Gemeindebezirke in der Umgebung hatten solche Entscheide abgehalten und allesamt das Projekt abgelehnt. Die BewohnerInnen von San Rafael Las Flores erhielten diese Abstimmungsmöglichkeit nicht. Stattdessen hielten neun Dörfer des Gemeindebezirks ihre eigenen Referenden ab, bei denen auch sie die Escobal-Mine mehrheitlich ablehnten. Die Ergebnisse der Wahlen vom 6. September ergeben eine bedeutsame Veränderung bei der politischen Unterstützung von Tahoe in San Rafael und den umliegenden Gebieten: In San Rafael hat Roberto Pivaral, Mitglied des Komitees für die Verteidigung des Lebens und des Friedens und ein frühes Opfer der Kriminalisierungsstrategie der MinengegnerInnen, genügend Unterstützung in den ländlichen Teilen des Gemeindebezirks gefunden, um die Bürgermeisterwahl auf einer Pro-Referendums-Plattform zu gewinnen. *[Anm.: Pivaral ist Mitglied von LIDER. Laut TSE-Homepage stimmten 33,54 % für ihn und für UNE: 31,26 %. Die im folgenden genannten Parteizugehörigkeit und Prozentzahlen sind von der Redaktion hinzugefügt.]*

Die Gemeinden stimmen gegen das Escobal-Projekt

In der benachbarten Stadt Mataquesuintla, Departement Jalapa, wo 2012 bei einem Referendum 96 % der WählerInnen gegen die Mine stimmten, wurde Bürgermeister Hugo Loy (*ebenfalls LIDER.*) mit 35,86 % der Stimmen wiedergewählt. Er ist erklärter Gegner der Präsenz von Tahoe in der Region und kämpfte z.B. für die Einhaltung des ablehnenden Referendums, als er gegen den Bau eines Stromkabels von Mataquesuintla und der Escobal-Mine opponierte. Die GegnerInnen des Bergbaus in Mataquesuintla sahen sich schweren Bedrohungen und Gewalt gegenüber, was 2014 zum Angriff auf den sechzehnjährigen Topacio Reynoso und dessen Vater Alex führte, bei dem der Junge starb und der Vater schwer verletzt wurde. *[Auch wurde - laut Prensa Libre - der Cousin des Bürgermeisters Loy am 14. Oktober 2014 ermordet, dessen 15-jähriger Sohn schwer verletzt, d. Red.]*

Die Ablehnung von Tahoe Resources wurde auch in zwei anderen Stadtbezirken in der Nähe von Escobal deutlich gemacht. In Santa Rosa de Lima haben die WählerInnen den Kandidaten, der Lizenzzahlungen des Unternehmens angenommen hatte, abgewählt und statt dessen wurde mit 46 % ein Kandidat, der für Referenden eintrat, gewählt: Llan Carlos Dávila (von dem BürgerInnenkomitee CCS). In Nueva Santa Rosa wurde der amtierende Bürgermeister mit fast 60 % wiedergewählt. Der LIDER-Politiker hat aufgrund des Drucks der Bevölkerung die Ergebnisse des Referendums eingehalten und jegliche Zahlungen des Unternehmens abgelehnt.

Tahoe Resources selektive Amnesie

In einer Pressemitteilung zum Rücktritt Pérez Molinas erklärte Tahoe Resources, dass in Guatemala alles ruhig sei und dass das Geschäft wie bisher weitergehen werde. Tahoe werde den Übergangspräsidenten Alejandro Maldonado Aguirre unterstützen. Dieser war nach dem Rücktritt von Roxana Baldetti zum Vizepräsidenten ernannt worden. Maldonado sei – so Tahoe – „eine Kraft der Ruhe im Land“ und „seine Führungskraft werde überall im Land als positiv eingeschätzt“.

Allerdings vergass Tahoe zu erwähnen, dass der ehemalige Richter am Verfassungsgericht früher der Gründer einer heute nicht mehr existierenden, rechtsextremen Partei namens MLN war, welche in den 1960er Jahren Verbindungen zu Todesschwadronen unterhalten hatte. Das Unternehmen erwähnte ebenso wenig, dass Maldonado als damaliger Richter des Verfassungsgerichts gegen das historische Genozid-Urteil gegen Rios Montt stimmte sowie für die Absetzung der weithin respektierten Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz.

Schliesslich versicherte Tahoe den InvestorInnen, dass „die Botschaften von Kanada und den USA stark engagiert sind, um die Anstrengungen der guatemaltekischen Regierung zu unterstützen, Ordnung und Frieden aufrecht zu halten und die Stabilität in diesen schwierigen Zeiten zu sichern.“

Statt allerdings deren Rolle zu belobigen, sollten kritische Fragen über die Rolle nordamerikanischer Botschaften in Guatemala im Zusammenhang mit der grassierenden Korruption der Molina-Regierung gestellt werden. Sie sollten aufgrund der offensichtlichen Unterstützung der Repression zum Schutz kanadischer und US-amerikanischer Wirtschaftsinteressen in Guatemala hinterfragt werden. Statt die Interessen der Bergbauunternehmen wie Tahoe, Goldcorp, Kappes, Cassidy & Associates oder andere zu verteidigen, sollte untersucht werden, inwieweit diese Unternehmen von dem Zollbetrug profitierten, und nicht die Bergbauaktivitäten unterstützen, denen die dort lebende Bevölkerung keine Zustimmung gegeben hat.

Mehr als 1500 UnternehmerInnen in der 'Linie' verwickelt

Guatemala, 09. Okt. Im Fall der 'Linie' gehen die Ermittlungen weiter. Nachdem die 'NetzwerkbetreiberInnen' sich bereits zu verantworten haben, sind nun auch, so versichert es die Generalstaatsanwältin Aldana, die ZollbetreiberInnen vollständig identifiziert. Diese werden vorgeladen und falls sie nicht erscheinen, werde Haftbefehl erlassen. Insgesamt sind es 1500 ImporteurInnen aus unterschiedlichen Sektoren, die an das Zollbetrugsnetzwerk Bestechungsgelder zahlten.

Da der Richter Miguel Ángel Gálvez derzeit etwas überlastet ist, werden die Anhörungen in kleinen Gruppen geschehen. „Die Agenda des Richters erlaubt es nicht, dass wir 1500 UnternehmerInnen anhören, dies wird nach den Möglichkeiten der zeitlichen Kapazitäten geschehen. Im Moment haben wir 50 UnternehmerInnen vorgeladen“, erklärte Thelma Aldana. Wie die CICIG so sieht auch sie es als eine Verschwendung von Zeit und Geldern, gegen alle Beteiligten Haftbefehle zu erlassen. Deshalb entschieden sie, Anhörungen durchzuführen.

ExpertInnenmeinungen geben dieser Vorgehensweise nur bedingt Recht, da die einberufenen UnternehmerInnen fliehen könnten und viele internationale Haftbefehle ohne Ergebnis ausgestellt würden. Es wird angezweifelt, dass die UnternehmerInnen sich präsentieren, denn es „wäre nur logisch zu denken, dass 'wenn ich Bestechungsgeld gezahlt habe, dann stehe ich auf einer Liste und solange keine Haftbefehl besteht, kann ich das Land verlassen, und falls man mich zu einer Anhörung einberuft, dann werde ich flüchten, denn man hat mich ja schon als beteiligt identifiziert““, so Experte Sergio Méndez.

Aldana dagegen meint, dass die Anhörung eine „sichere Methode“ sei. „Die UnternehmerInnen wissen nicht, ob und wann wir sie vorladen werden, und wir wissen wo sie sich aufhalten und das garantiert, dass sie auch kommen werden, im gegensätzlichen Fall stellen wir einen Haftbefehl aus“. (EP)

Otto Pérez Molinas Zelle

Guatemala, 09. Okt. Interessant ist, das Insasse nicht gleich Insasse ist. Manche besitzen wohl höherwertiger Bedürfnisse. Der Expräsident Otto Pérez Molina, der aufgrund seiner mutmasslichen Rädelsführerschaft der 'Linie' seit dem 8. September in Untersuchungshaft sitzt, tut dies zumindest nicht wie jeder beliebige Häftling. Er besitzt nun einen Computer, einen Minikühlschrank, einen Fernseher und einen DVD Player, eine Mrikowelle, einen Wasserdurchlauferhitzer und andere Bequemlichkeiten in seiner Zelle im Matamores-Gefängnis.

Die Erlaubnis für diese Ausstattung wurde am 3. Oktober erteilt und basiert auf dem Gefängnisgesetz, denn es besagt, dass „es eine Aufgabe des Gefängnisses ist, den inhaftierten Personen Bedingungen zu schaffen, die der Bildung und Resozialisierung dienen und die eine persönliche Entwicklung während der Haftzeit und bei der Rückkehr in die Gesellschaft ermöglichen.“

Die Anfrage wurde handschriftlich am 1. Oktober gestellt und listet die Bedürfnisse auf, die Pérez Molina anscheinend hat. (EP)

Ex-Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz und Richterin Jazmín Barrios erhalten

Preis „Civil Courage“

Guatemala, 13. Okt. Die Richterin Jazmín Barrios und die ehemalige Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz werden mit dem Preis „Civil Courage“ ausgezeichnet, die von der Organisation Train Foundation für ihre Arbeit gegen Korruption und Ungerechtigkeit in Guatemala vergeben wird. Die US-amerikanische Organisation hebt die Rolle der beiden Frauen hervor, die sie im Prozess wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen den Expräsident Efraín Ríos Montt und seinen Exgeheimdienstchef José Mauricio Rodríguez Sánchez spielten.

Claudia Paz y Paz setzt sich seit 18 Jahren für die Menschenrechte in Guatemala ein. In dieser Zeit war sie Beraterin der Vereinten Nationen und des Menschenrechtsbüro des Erzbischofs in Guatemala. 1994 gründete sie das Institut für Vergleichende Studien der Strafwissenschaften in Guatemala (ICCPG). 2010 wurde sie die erste Generalstaatsanwältin und sie schaffte es Menschenrechtsverbrecher, darunter Ríos Montt, vor Gericht zu stellen, so-

wie Mitglieder vom organisierten Verbrechen und von Drogenkartellen und korrupte PolitikerInnen. Sie führte die Beweisführung durch DNA-Proben während ihrer Amtszeit ein und andere Ermittlungstechniken. Paz y Paz, so erinnert die US-Organisation, wurde von konservativen und Militärgruppen bei ihrer Arbeit unter Druck gesetzt und musste ihr Mandat in der Staatsanwaltschaft sieben Monate vorzeitig beenden.

Die Richterin Barrios wird für ihre Arbeit in der Rechtsprechung geehrt und dafür, Fälle über Verbrechen des bewaffneten inneren Konflikts übernommen zu haben. Sie fällte das Urteil gegen die drei Militärs, die der Ermordung des Erzbischofs Juan José Gerardi angeklagt waren. Während dieses Prozesses wurde die Wohnung der Richterin mit Sprengstoff attackiert, der im Hof explodierte ohne grösseren Schaden anzurichten. Aufgrund von Todesdrohungen gegen ihre Person musste sie mehrere Jahre mit schussicheren Westen arbeiten.

2013 sass sie dem Gericht vor, welches Ríos Montt zu 80 Jahren Haft wegen Völkermord verurteilte. Dieses Urteil zeigte, das richterliche Unabhängigkeit auch in Guatemala möglich ist, aber es hatte Folgen für ihre Karriere. Für die Dauer von einem Jahr wurde sie von der Anwaltschaft ausgeschlossen. Die Strafe wurde allerdings im Nachhinein annulliert. Sie kämpft weiterhin ohne Waffen für die Gerechtigkeit, so Train Foundation. (AC)

Keine Amnestie für Ríos Montt

Guatemala, 09. Okt. Der erste Saal des Widerufgerichts entschied dem Antrag auf Amnestie des Generals Efraín Ríos Montt, der damit die Strafverfolgung wegen Völkermord gegen ihn beenden wollte, nicht zu entsprechen. Die Resolution wurde nach mehr als zwei Jahren verabschiedet, da es wohl hunderte von Entschuldigungen der RichterInnen gab, den Fall abzugeben oder aufzuschieben.

Luis Alfonso Rosales, Verteidiger von Ríos Montt, gab an, dass sie das Gericht nicht benachrichtigt habe, dass sie aber die Resolution analysieren werden um zu entscheiden, wie sie weiter vorgehen würden. Rosales betrachtet die Entscheidung als eine, die nicht nur den Fall seines Mandanten betrifft, sondern alle, die am bewaffneten inneren Konflikts beteiligt waren.

Héctor Reyes, Anwalt vom Zentrum für legale Aktionen der Menschenrechte (CALDH), gab an, dass „ die Resolution die Opfer des bewaffneten Konflikts unterstützt und deshalb erfüllt es die überlebenden Familienangehörigen mit grosser Befriedigung.“

Ríos Montt wird für den Tod von 1771 Maya-Ixiles durch die Armee während seiner Regierungszeit verantwortlich gemacht und wurde 2013 zu 80 Jahren Haft verurteilt, was später vom Verfassungsgericht annulliert wurde. (SV)

Impunity Watch ist besorgt um das PNR

Guatemala, 13.Okt. Die Organisation Impunity Watch bekundete ihre Besorgnis um das Nationale Programm der Wiedergutmachung (PNR). Grund für die Sorge sind die Ein- und Auszahlungsvorgänge, die für 2016 geplant sind und für das PNR nur 8% vom Budget vorsehen, das es normalerweise jährlich erhalten müsste. Damit ist das Überleben des PNR bedroht.

Für das nächste Jahr wurde das Budget von 300 Millionen auf 25 Millionen Quetzales gekürzt. Das würde auf direkte Weise die Tausenden von Opfern und Überlebenden des bewaffneten inneren Konflikts betreffen, die noch immer auf Wiedergutmachung für die Gräueltaten, die sie erleiden mussten, warten, gab Impunity Watch in einem Pressekommuniqué an.

Die Organisation bedauerte, dass während der letzten vier Jahre das PNR mehr und mehr geschwächt wurde, denn allein im Jahr 2014 wurden knapp 50 Millionen der versprochenen 145 Millionen Quetzales gestrichen und anderen Institutionen zugeschrieben. In diesem Zeitraum wurden gerade mal 25 Millionen Quetzales für die Wiedergutmachung an Opfer geleistet. 2014 war das schlimmste Jahr in der Ausführung des Programms in seiner gesamten Existenz. Das spiegelt den geringen Willen der Regierung von Otto Pérez Molina wieder, den Opfern des inneren bewaffneten Konflikts zu helfen. Und letzterer sitzt derzeit selbst wegen Korruption in Untersuchungshaft.

Aus der Zivilgesellschaft wurden Rufe laut, die den Kongress auffordern, das Budget des PNR zu korrigieren und ihm die Summe zuzusprechen, die ihm zusteht. Auch sollte der Kongress die Gründe für diese niedrige Umset-

zung von Wiedergutmachungsleistungen und begrenzten Resultate der Institution überprüfen.

In diesem Moment, so Impunity Watch, sei es enorm wichtig, dass die internationale Gemeinschaft die Opfer und ihre Forderungen begleitet, um die Weiterführung des Programms zu stärken und darauf zu achten, dass der Staat seiner Reparationspflicht nachkomme, so wie es die internationalen Kompromisse und Standards verlangen. (Cerigua)

El Cambray II

Guatemala, 14. Okt. Am 13. Oktober um 18 Uhr wurden die Bergungsarbeiten nach dem Erdbeben 12 Tage zuvor in El Cambray II, Santa Catarina Pinula eingestellt (siehe letztes **¡Fijáte!**). Die Stadt beendete die Suche nach den Vermissten und erklärte die Zone als unbewohnbar und somit als einen Friedhof, denn nicht alle vermissten Personen wurden gefunden und konnten ein Begräbnis erhalten. Alejandro Maldonado von dem Conred (Nationaler Rat für Naturkatastrophen) gab an, dass diese Entscheidung einstimmig getroffen wurde und dass man nun man die Zone stabilisieren und wiederaufbauen will.

Die von dem Erdbeben betroffenen Personen werden ausserdem einen monatlichen Ausgleich von 2440 Quetzales erhalten, was dem gesetzlich festgelegten Mindesteinkommen entspricht und das Ministerium für soziale Entwicklung übernimmt die Aufgabe Wohnräume für die Familien zu bauen. Das Terrain wird eines sein, welches dem Drogenboss Marvin Montiel Marín alias „el Taquero“ enteignet wurde. Das Projekt soll 150 Häuser entstehen lassen, asphaltierte Strassen und begrünte Zonen sind vorgesehen. Man will den Opfern der Naturkatastrophe einen würdigen Ausgleich bieten. Kosten wird das Ganze zirka 130 Millionen Quetzales.

Die letzten Zählungen des Conred ergaben 280 Tote und 70 Vermisste.

Dieses Unglück stiess allerdings auch einen Prozess an, der diese Art von Tragödien in Zukunft minimieren soll. Die Staatsanwaltschaft von Santa Catarina Pinula ermittelt gegen zwei Unternehmen und eine Privatperson sowie gegen die Kommune des Stadtkreises aufgrund des Verkaufs von Grundstücken in El Cambray II im Jahr 2003. Zwei Jahre zuvor wurde diese Zone durch das Regierungsabkommen 179-20001 als Hochrisikogebiet eingestuft. Die Unternehmen, die darauf konstruierten, sind Albiña und Proyectos Girasol S.A., die Privatperson heisst Manolo Penflet, gegen ihn laufen zwei Anzeigen wegen Landaneignung. (EP)

CECMURIC: Bäuerinnen produzieren mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel der Region

Guatemala, 09. Okt. Das Netz der zentralamerikanischen ländlichen und indigenen Frauen und Bäuerinnen (CECMURIC) und die Organisation Oxfam planten eine Reihe von Aktivitäten um den internationalen Tag der Frauen vom Land und den Welternährungstag zu feiern.

So fand zum Beispiel am 15. Oktober das internationale Forum 'Frauen, Land und Ungleichheit' statt. Es nahmen indigene und bäuerliche Anführerinnen aus mehr als 10 lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern teil, sowie das Zentralamerikanische Parlament, das Zentralamerikanische Gericht für Gerechtigkeit und die Vereinten Nationen.

Ausserdem wurde der Bericht 'Landbesitz für uns Frauen' veröffentlicht, der die Situation der auf dem Land lebenden indigenen und bäuerlichen Frauen von Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua analysiert. Mit dieser Studie soll verdeutlicht werden, wie gross die Ungerechtigkeit beim Zugang zu Land in Zentralamerika ist.

Es wurde ausserdem konstatiert, dass die Frauen vom Land für die Produktion von mehr als der Hälfte der Nahrungsmittel, die in der Region konsumiert werden, verantwortlich sind. Sie üben einen Grossteil der Arbeiten auf den familiären Bauernhöfen aus und besitzen ausserdem Wissen darüber, wie man nachhaltig produzieren kann und wie man die traditionellen Samen konserviert. Trotz ihrer grossen Bedeutung für die Wirtschaft und Ernährung dieser Länder werden sie in ihrer Rolle als Produzentinnen nicht anerkannt und ihre Leistungen sind nicht Teil der nationalen Rechnungen. Die Konsequenz ist, dass sie von den Staaten vergessen werden und dass ihre Arbeit nicht unterstützt wird. Das führt zu Ungleichheit und Exklusion. (AC)

Zweite Wahrunde: Guatemala wie eh und je

Für Guatemala war dieser Monat war ein sehr heftiger. Am ersten Oktober erlebte El Cambray II, Santa Catarina Pinula einen Erdbeben, den schlimmsten seit vielen Jahren. Er überrollte die komplette Gemeinde, in der Menschen aus den armen Schichten bzw. der unteren Mittelklasse wohnten - ein Viertel, das sich zwischen den exklusiveren Vierteln der Hauptstadtmetropole befand.

Das unabhängige Informationsmedium Nómada spricht von mehr als 280 Toten, 50 Verschwundenen, 184 geschädigten Familienangehörigen und 13 verstorbenen Kindern. Diese AnwohnerInnen zahlten Steuern wie alle anderen. Und die Regierung gibt, wie immer, nur eine zögerliche Antwort. Im Jahr 1998 musste die städtische Feuerwehr bereits bei einem Erdbeben in dieser Siedlung einen Einsatz leiten. Die Berge hatten damals ein Haus unter sich begraben und es wurde ein Bericht über die Risikostufe der Zone verfasst.

Die Ungerechtigkeit ist immer noch die gleiche, die täglichen Anstrengungen, um der Armut zu entkommen und um Möglichkeiten zu schaffen, finden ein rasches Ende, wenn ein Haus begraben wird. El Cambray II zeigt auf, dass Guatemala immer noch ein Land aus Lehm ist, welches sich beim Regen auflöst. Nicht weil es Naturkatastrophen gibt, sondern weil eine ganze Reihe von Faktoren existieren, die solche Katastrophen ermöglichen: wie die Nullinvestition in Prävention; die Korruption der städtischen Verwaltungen, die für städtische Dienstleistungen in Gebieten zahlen, die als Wohnraum ungeeignet sind oder dort die Bebauung autorisieren; die fehlenden Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten, die zur Auswanderung ins urbane Zentrum, der Hauptstadt, führen, wo sich Arbeits- und Ausbildungsplätze konzentrieren; oder das Desinteresse der Regierung für seine BürgerInnen, denen sie niemals irgendwelche Garantien bietet.

Andererseits drückt die gleiche Regierung ein Auge zu, wenn die Immobiliengesellschaften 386.000 Quetzales (43.100 €) für eine Einraumwohnung in einem angeblich sicheren Ort verlangen, für das sie eine Garantie von 8.907,77 Quetzales (996€) Familieneinkommen verlangen, während der gesetzliche monatliche Mindestlohn für nicht landwirtschaftliche Tätigkeiten bei 2.644,40 Quetzales(296 €) pro Person liegt.

Am 13. Oktober wurde die Suche nach Leichnamen in El Cambray II beendet. Viele KolumnistInnen und ExpertInnen reden davon, dass dies keine zufällige Tragödie war, sondern ein Staatsverbrechen. Die Hintergründe dafür sind in der Ungerechtigkeit zu finden, in der die Mehrheit derer, die keinen Zugang zu so etwas grundsätzlichem wie Wohnraum haben, allein gelassen wird.

Am 25. Oktober werden die Urnen bereit sein um den/die PräsidentIn zu wählen – Sandra Torres oder Jimmy Morales. Beide KandidatInnen besitzen positive und negative Aspekte in den Augen der GuatemaltekinInnen. Nómada signalisiert, dass die Schwachpunkte von Morales in seiner fehlenden politischen Erfahrung und in seiner Unkenntnis des Landes liegen und dass er deshalb Unterstützung bei dem konservativen Sektor sucht, der Otto Pérez Molina unterstützte. Die Schwachpunkte für Torres sind einerseits, dass für sie der Zweck die Mittel heiligt und sie sich daher mit den Korrupten und Mafiosi alliiert hat; ausserdem wird sie keine Steuerreformen einführen, denn das jetzige System erscheint ihr ausreichend um den Staat aufrecht zu erhalten - was aber nicht stimmt, wie man anhand der alljährlichen Diskussionen über das Budget erkennen kann.

Einige Medien werben bereits die militarisierte Rechte, die hinter Morales steht, als Gewinnerin der Wahlen. Und das hat möglicherweise damit zu tun, dass der Grossteil derjenigen, die gegen die Korruption demonstrierten und die Inhaftierung von Roxana Baldetti und Pérez Molina unterstützten, eifrig für eine Veränderung stimmen werden (also für jemanden, der keinerlei politische Erfahrung besitzt). Aber sie verstehen noch immer nicht die Grundprobleme des Landes und sie setzen Tragödien wie die von El Cambray II nicht in Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen und Verpflichtungen, die die Regierung nicht erfüllt oder auch absichtlich ignoriert.

¡Fijáte!**<http://fijate.guatemala.de>**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:Wiebke Schramm – wibsca@gmail.comStephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6